

*Müller, Uwe (Hg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867-1939).*

Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2006, 257 S. (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas 13).

Aus der Vogelperspektive erscheint Ostmitteleuropa als Übergangszone zwischen einem „fortschrittlichen“ Westen und einem „rückständigen“ Osten. Diese Sichtweise blendet freilich die enormen Entwicklungsunterschiede innerhalb dieser Region aus, die sich im Zuge der Industrialisierung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts noch vergrößerten und damit zu einem gesellschaftlichen und politischen Problem ersten Ranges wurden. Die Staatenbildung und das entstehende nationale Bewusstsein sorgten nämlich dafür, dass das regionale Strukturgefälle zu einem wesentlichen Streitpunkt im „Volkstumskampf“ avancierte. Der daraus resultierende Wirtschaftsnationalismus basierte auf dem zählbaren Mythos, die Zentrale benachteilige bewusst und planmäßig die von Minderheiten besiedelte Peripherie. Damit einher ging entweder die Forderung nach einer gezielten Wirtschaftspolitik für eben diese Gebiete, um deren sozioökonomische Rückständigkeit zu überwinden, oder aber nach Autonomie bzw. staatlicher Selbstständigkeit, um den Prozess des Catching-up in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Verknüpfung von Nationalitätenpolitik und regionaler Wirtschaftspolitik in Ostmitteleuropa zwischen 1867 und 1939 ist daher nicht nur ein innovativer, sondern auch ein überaus spannender Ansatz. Ihn verfolgt ein von Uwe Müller herausgegebener Sammelband, der aus einer im März 2004 in Marburg abgehaltenen Tagung hervorgegangen ist. In vergleichender Perspektive werden Galizien, Ober-

ungarn bzw. die Slowakei, die polnischen Provinzen Preußens sowie Ostpolen untersucht, wobei sich jeweils zwei Autoren einer Region annehmen. Der Begriff „regionale Wirtschaftspolitik“ ist dabei sehr weit gefasst: Er beinhaltet infrastrukturpolitische Maßnahmen, direkte Industrieförderung, die Vergabe von Staatsaufträgen, den staatlichen Finanzausgleich sowie Staatsunternehmen. Die Leitfragen richten sich nach den Motiven der regionalen Wirtschaftspolitik, den Zielen, mit denen ihre Instrumente eingesetzt wurden, und schließlich den Resultaten, die sie in der Praxis zeitigten.

Vier Beiträge sind der Slowakei gewidmet: Während Zoltán Kaposi und Roman Holec die Rolle Oberungarns in der Wirtschaftspolitik des Königreichs Ungarn bis zum Ersten Weltkrieg analysieren, beschäftigen sich Drahomír Jančík und Ľudovít Hallon mit der Rolle des östlichen Landesteils in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Nachdem der Ausgleich von 1867 die Voraussetzungen für eine eigenständige ungarische Wirtschaftspolitik geschaffen hatte, verfolgte Budapest eine doppelte Stoßrichtung: Zum einen ging es darum, die ökonomische Abhängigkeit von Österreich abzubauen und eine unabhängige ungarische Volkswirtschaft zu schaffen, zum anderen sollten die unterschiedlichen Landesteile ökonomisch integriert werden, um die Assimilierung der nationalen Minderheiten vorzubereiten. Zu diesem Zweck beschritt die ungarische Regierung verschiedene Wege: Neben enormen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ließ sie neugegründeten Unternehmen großzügige direkte und indirekte Subventionen zufließen. Insgesamt war diese Politik sehr erfolgreich, was nicht zuletzt in einer gewaltigen Steigerung der Industrieproduktion Ungarns zum Ausdruck kam.

Ganz unterschiedlich interpretieren die beiden Autoren allerdings die Auswirkungen auf die nationalen Minderheiten: Kaposi kommt zu dem Ergebnis, „daß die ab den 1880er Jahren verstärkt voranschreitende Modernisierung die Entwicklungsunterschiede zwischen dem mittleren Karpatenbecken und seinen Randgebieten verkleinern konnte“ und dass davon „die Siedlungsgebiete der nationalen Minderheiten, die bereits um die Jahrhundertwende den Zustand extremer Rückständigkeit hinter sich gelassen hatten“, besonders profitierten (S. 118). Holec betont dagegen, dass die Slowaken nur „einen sehr kleinen Anteil am Wirtschaftswachstum und einen ebenso geringen Nutzen davon [hatten], besonders weil ihre Kapitalstärke nicht ausreichte. [...] Hinzu kamen Maßnahmen, die darauf abzielten, die Nationalitäten gezielt und konsequent vom Wirtschaftsleben auszuschließen anstatt ihre wirtschaftliche Position innerhalb der Monarchie zu stärken.“ Die ungarischen Industrieförderungsgesetze „diskriminierten [...] nicht die Gebiete [der nationalen Minderheiten], jedoch einen großen Teil ihrer Einwohner“. (S. 134).

Holec führt dabei die besseren Argumente ins Feld: Während Oberungarn vor 1867 keineswegs rückständige Peripherie, sondern „das wichtigste Wirtschaftsgebiet Ungarns“ (S. 129) gewesen war, avancierte die Region um Budapest, in der sich vor allem die modernen Branchen wie Maschinenbau und Elektrotechnik konzentrierten, bereits vor der Jahrhundertwende zum Motor der ungarischen Wirtschaft. Da die Vergabe von Subventionen an die politische Loyalität der Fabrikanten sowie an einige andere Voraussetzungen gebunden war, „die Angehörige der Minderheiten unmöglich erfüllen konnten“ (S. 135), kamen slowakische Industrielle nur höchst

selten in den Genuss staatlicher Finanzspritzen. Und da Budapest auch wirksame Maßnahmen gegen slowakische Banken und Genossenschaften ergriff, in denen die ungarische Regierung „eine potentielle politische Bedrohung“ (S. 136) sah, blieb den Slowaken nur die „Zusammenarbeit mit den Tschechen im Kapital-, Industrie- und Geschäftswesen“ als „wichtiger Ersatz für die fehlende staatliche Unterstützung“ (S. 137).

Die Hoffnungen, die slowakische Industriellenkreise auf den nach dem Ersten Weltkrieg neugeschaffenen Staat gesetzt haben mochten, erfüllten sich jedoch nicht. Im Gegenteil, die slowakische Industrie fand sich mit einer Fülle neuer Probleme konfrontiert: Mit der Zerschlagung der k. u. k. Monarchie gingen traditionelle Absatzmärkte verloren und auch der neuentstandene Binnenmarkt bot keinen Ersatz, da slowakische Erzeugnisse auf Grund höherer Löhne und erheblich höherer Transportkosten nicht konkurrenzfähig waren. Zur allgemeinen Nachkriegskrise kamen massive Liquiditätsprobleme, weil die Forderungen slowakischer Unternehmer zum Großteil auf gesperrten Konten von Wiener und Budapester Banken eingefroren waren. Da die kapitalschwachen slowakischen Banken den daraus resultierenden Kreditbedarf nicht decken konnten, bot sich den tschechischen Geldinstituten ein willkommenes Einfallstor, um ihren Einfluss auf die slowakische Industrie noch auszubauen. Dies und die zahlreichen Firmenzusammenbrüche schufen in der Slowakei böses Blut.

Zwar nahm die Prager Politik frühzeitig ehrgeizige Reformprojekte in Angriff, um für eine wirtschaftliche Angleichung in den einzelnen Landesteilen zu sorgen, doch wurden diese nur langsam in die Praxis umgesetzt. Die slowakischen Forderungen zielten auf eine Verbesserung der Infrastruktur, Verbilligung der Eisenbahnfrachttarife, stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Staatsaufträgen und Fortführung der Industrieförderung nach ungarischem Vorbild. Damit drangen sie freilich nur teilweise durch: Während bei der Elektrifizierung rasche Fortschritte erzielt werden konnten, trat der Ausbau der Eisenbahnstrecken und die Verstaatlichung der Privatbahnen aus diversen Gründen lange auf der Stelle und auch beim slowakischen Bonus für Staatslieferungen blieb die Zentralregierung hinter den Erwartungen zurück. Am schwersten wog jedoch, dass sich Prag nicht bereit fand, der slowakischen Industrie direkte Subventionen zukommen zu lassen. Dass man sich dabei auf die liberalen Prinzipien der Wirtschaftspolitik berief, hatte insofern einen schalen Beigeschmack, als die Regierung in anderen Fällen – etwa bei den nostrifizierten Staatsbetrieben – von diesen Grundsätzen abwich.

Die Ursache für das mangelnde Entgegenkommen sehen Jančík und Hallon übereinstimmend in einem Bündel mehrerer Faktoren: Vielfach standen durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Slowakei ernste Hindernisse entgegen, so etwa dem Ausbau der Bahnlinien, der Verstaatlichung der Privatbahnen oder der Nostrifizierung von Unternehmen in der Slowakei, die sich wesentlich länger hinzog als im westlichen Landesteil. Hinzu kamen die ungünstige konjunkturelle Lage insbesondere in den 1930er Jahren sowie die sich zuspitzende internationale Bedrohung, die die Prager Regierung zu einer anderen Prioritätensetzung zwang. Die Unflexibilität der Regierungspolitik, die Saumseligkeit der Verwaltung sowie die Lobbyarbeit tschechischer Industriellenkreise, die kurzfristig eigene Interessen ver-

folgten, taten ein Übriges, um energischere Maßnahmen zu verhindern. Diese wurden erst im Zuge der Weltwirtschaftskrise ergriffen, und zwar mit dem nationalitätenpolitischen Hintergedanken, die Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken zu entschärfen – allerdings kamen diese Initiativen zu spät, um noch durchgreifende Wirkungen zu entfalten.

Insgesamt fördert der Band wichtige Erkenntnisse zu Tage: Auf Grund der vor wie nach dem Ersten Weltkrieg herrschenden Kapitalarmut hing die wirtschaftliche Entwicklung Ostmitteleuropas in erster Linie von staatlichen Investitionen ab. Die mit diesen Investitionen verbundenen Ziele und Motive waren allerdings zumeist nicht primär wirtschafts-, sondern nationalitätenpolitischer Natur. Doch während die regionale Wirtschaftspolitik vor 1914 durchaus greifbare Erfolge erzielte, blieben ihre Resultate nach 1918 bescheiden. Das hing freilich in starkem Maße mit den veränderten Rahmenbedingungen zusammen: Die Nach- und Zwischenkriegszeit bescherte den auf der Pariser Friedenskonferenz geschaffenen Staaten eine Menge neuer wirtschafts- und außenpolitischer Probleme, was die Vergleichbarkeit mit der regionalen Wirtschaftspolitik vor der Wasserscheide des Ersten Weltkriegs erschwert. Insofern ist die Zäsurensetzung des Bandes nicht ganz einleuchtend.

Als weiterer Kritikpunkt kann angeführt werden, dass Herausgeber und Autoren das methodisch schwierige Problem der Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik nicht genügend reflektieren. Der Hinweis Müllers, die Perzeption der regionalen Wirtschaftspolitik sei wichtiger als ihre tatsächlichen Resultate, ist zwar durchaus richtig. Um die Frage zu klären, ob die ethnischen Minderheiten aus nationalitätenpolitischen Motiven dabei tatsächlich benachteiligt wurden, müssen die konkreten Ergebnisse der regionalen Wirtschaftspolitik freilich doch empirisch ermittelt werden – nicht zuletzt, um das Verhältnis von staatlicher Förderung und privaten Investitionen in der ökonomischen Entwicklung Ostmitteleuropas genauer bestimmen zu können. In dieser Richtung gibt der lesenswerte Band wichtige Anregungen für weitere Forschungsarbeiten.